Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 13. Januar 1934	Nr. 4
Tag	Inhalt	Seite
12. 1. 34	Gesetz zur weiteren Änderung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung	25
13. 1. 34	Gesetz über die Anpassung der Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge..	25
4. 1. 34	Verordnung über die Hinausschiebung der nächsten Hauptfeststellung für die Einheitswerte des Betriebsvermögens.....	26
12. 1. 34	Verordnung über die Einfuhr von Waren aus Frankreich.....	26

Gesetz zur weiteren Änderung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung. Vom 12. Januar 1934.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

In der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 Zweiter Teil Kapitel III (Reichsgesetzbl. I S. 699, 708) in der Fassung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung vom 14. Juni 1932 Zweiter Teil Artikel 1 Nr. I (Reichsgesetzbl. I S. 285, 291), der Verordnung zur Änderung dieser Verordnung vom 13. Januar 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 11) sowie des Gesetzes zur weiteren Änderung dieser Verordnung vom 20. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 521) wird § 4 Abs. 1 Satz 1 wie folgt gefaßt:

(1) Wird der Vermieter oder Verpächter infolge einer Kündigung nach § 1 ohne sein Verschulden gehindert, eine in der Zeit vom 1. April 1932 bis 15. Juli 1934 fällig werdende Verbindlichkeit aus einer auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen oder privaten Last zu erfüllen, so gelten die besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten, als nicht eingetreten.

Berlin, den 12. Januar 1934.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Reichsarbeitsminister
Franz Selbte

Gesetz über die Anpassung der Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge. Vom 13. Januar 1934.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hierdurch verkündet wird:

§ 1

Die Geltungsdauer der „Verordnung des Reichspräsidenten über die Anpassung der Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge“ vom 12. Mai 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 192) wird ausgedehnt:

1. auf die Vermögensteuer für das Rechnungsjahr 1934,
2. auf Neu- und Nachfeststellungen auf den 1. Januar 1934 sowie auf Neu- und Nachveranlagungen zur Vermögensteuer auf diesen Zeitpunkt; § 2 Absatz 3 der Verordnung vom 12. Mai 1932 bleibt unberührt,
3. hinsichtlich der Erbschaftsteuer auf die Erwerbe, bei denen die Steuerschuld im Kalenderjahr 1934 entsteht,
4. hinsichtlich der Grunderwerbsteuer auf die Fälle, in denen die Steuerschuld im Kalenderjahr 1934 entsteht.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung ab 1. Januar 1934 in Kraft.

Berlin, 13. Januar 1934.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk